

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger

und

**Präsidentin LABg. Michaela Langer-Weninger,
Landwirtschaftskammer OÖ**

am 8. Jänner 2020

zum Thema

**Agrarausblick 2020 – Europäische und heimische
Herausforderungen im EU-Jubiläumsjahr**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

„Im Jahr 2020 jährt sich die EU-Mitgliedschaft Österreichs zum 25. Mal. Die Mitgliedschaft am erfolgreichen europäischen Projekt hat vor allem den Agrarsektor nachhaltig umgestaltet. Die Agrarpolitik ist wie kein anderer Politikbereich vergemeinschaftet, wichtige Entscheidungen werden in erster Linie in Brüssel getroffen. Auch 2020 stehen die laufenden Verhandlungen über die zukünftige gemeinsame Agrarpolitik im Fokus. Aber auch in Oberösterreich selbst bringt das kommende Jahr viele Projekte und Herausforderungen. Das Agrarressort und die Landwirtschaftskammer OÖ werden sich auch 2020 wieder gemeinsam und mit voller Kraft für die Interessen der heimischen Familienbetriebe einsetzen.“

**Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger und
LK-Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger**

Zukunft der Landwirtschaft aktiv gestalten

Seit Juni 2019 läuft der von Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger initiierte Strategieprozess „Zukunft Landwirtschaft 2030“. Im Wechsel zwischen großen Publikumsveranstaltungen mit mehreren hundert Teilnehmer/innen und kleinen intensiven Diskussionsrunden wird eine gemeinsam getragene Vision für die oberösterreichische Landwirtschaft entwickelt. *„Wir konnten hervorragende Referent/innen gewinnen, das Interesse an den Diskussionsveranstaltungen ist groß, viele Menschen sind mit Begeisterung dabei. Darauf können wir eine gemeinsam getragene Vision für 2030 für die gesamte Landwirtschaft aufbauen. Eines hat sich im Prozess nämlich schon herausgestellt: alle in der Landwirtschaft tätigen Menschen müssen an einem Strang ziehen. Der Handel und die Konsument/innen spielen dabei eine wichtige Rolle. Die Zukunft des Sektors hängt ganz entscheidend von einer guten Abstimmung zwischen landwirtschaftlicher Produktion, der Verarbeitung, Handel und den Verbraucher/innen ab. Im Dialog wird*

klar, dass höhere Forderungen an die Landwirtschaft nur bei entsprechenden Lebensmittelpreisen realisierbar sind,“ so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

2020 finden noch drei Publikumsveranstaltungen in den Schulen Lambach, Kleinraming und Schlägl statt. Ergänzt werden diese durch ein World Cafe der Zukunftsakademie und Fachdiskussionen in den einzelnen Agrarbranchen. Alle Ergebnisse werden gesammelt und im Juni präsentiert. *„Wir werden ein umfangreiches Stimmungsbild und eine Vielzahl von Ideen präsentieren können. Gleichzeitig zeigt der laufende Prozess auch auf, wie viele Menschen engagiert an der Weiterentwicklung unseres Agrarsektors arbeiten. Mit ihrer Hilfe wird Oberösterreich seine führende Rolle in vielen Agrarbranchen weiter ausbauen können,“* so Hiegelsberger.

Umsetzung des ambitionierten Regierungsprogrammes

Das Regierungsprogramm der diese Woche angelobten Bundesregierung nimmt die Anliegen der Land- und Forstwirtschaft ernst und hat wichtige Maßnahmen für die positive Entwicklung des Sektors festgeschrieben. *„Es freut mich sehr, dass das Regierungsprogramm wichtige Forderungen der Land- und Forstwirtschaft aufnimmt. Die verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Fleisch, Milch und Eiern auch in verarbeiteten Produkten, die stabile Finanzierung der EU-Agrarpolitik auf gleichbleibendem Niveau und die Entlastungen der bäuerlichen Betriebe im Steuer- und Sozialversicherungsbereich sind zentrale Punkte des Programms. Sie schaffen planbare Rahmenbedingungen für unsere Familienbetriebe. Nachdem wir im oberösterreichischen Landtag bereits die Forderung nach CO₂-Zöllen beschlossen haben, findet sich diese wichtige Maßnahme nun auch im Regierungsprogramm wieder. Diese Zölle*

sind für einen fairen Wettbewerb unverzichtbar und werden maßgeblich zum Klimaschutz beitragen. Der neuen Bundesregierung möchte ich meine volle Unterstützung für die rasche Umsetzung der geplanten Maßnahmen zusichern“, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

Klimaschutz durch die Land- und Forstwirtschaft

Der Schutz des Klimas durch die Umgestaltung der aktuellen Wirtschafts- und Lebensweise ist wohl die zentrale Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Die Land- und Forstwirtschaft leistet dazu bereits jetzt einen wichtigen Beitrag. Durch die Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Stärkung der Bioökonomie wird die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in Zukunft noch deutlich zunehmen. Besonders den heimischen Wäldern kommt als Kohlenstoffsенke und als Rohstofflieferant eine entscheidende Rolle zu.

Das Land Oberösterreich wird daher im Jahr 2020 mit einer Holzbauoffensive auf die vielfältigen Vorteile des Baustoffes Holz hinweisen. Die Holzbauoffensive ist eine weitere Maßnahme zur Eindämmung der negativen Folgen durch den Borkenkäferbefall. *„Gemeinsam mit ProHolz Oberösterreich möchte ich vor allem in den Gemeinden und für öffentliche Bauten auf den Baustoff Holz aufmerksam machen. Eine Wanderausstellung widmet sich den positiven Eigenschaften dieses Baustoffes und gelungenen Vorbildbauten. Diese wird in allen Vierteln des Landes Station machen, wobei das Architekturforum Linz Anfang Februar beginnen wird. Diese Tour durch alle Viertel ist ein Teil unserer Strategie im Kampf gegen den Borkenkäfer, der uns auch dieses Jahr fordern wird. Die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit der Sägeindustrie*

und die fortwährende Motivation der Waldbewirtschafter/innen werden weiterhin für ein erhöhtes Angebot an Schnittholz sorgen. Daher müssen wir auch die Nachfrage entsprechend fördern“, so Hiegelsberger.

Eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Klimawandel kommt auch dem Boden zu. Er ist die Grundlage der menschlichen Ernährung und speichert durch seinen Gehalt an organischem Material auch gewaltige Mengen an Kohlenstoff. Die Bewirtschaftung der Böden kann durch technische Hilfsmittel im Rahmen der Digitalisierung in Zukunft noch effizienter gestaltet werden. Das Projekt „Digitalisierung in der Landwirtschaft“ wird durch die Erhebung von Bodendaten die entsprechenden Voraussetzungen dafür schaffen. Hiegelsberger erläutert: *„Es ist viel von Digitalisierung in der Landwirtschaft die Rede. Gleichzeitig ist oft unklar, wie die einzelnen Betriebe daran teilhaben können. Mit dem 2020 startenden Projekt »Digitalisierung in der Landwirtschaft« leistet das Land Oberösterreich Pionierarbeit. Die resultierenden digitalen Bodenkarten ermöglichen optimierten Betriebsmitteleinsatz, den Erhalt des Kohlenstoffgehaltes der Böden und arbeitstechnische Erleichterungen. Das sind zentrale Anliegen im Lichte des Klimaschutzes.“*

Förderung heimischer Lebensmittel bleibt zentrales Anliegen

Der klare Fokus auf regionale und saisonale Lebensmittel bleibt auch 2020 bestehen. Das Projekt „Wie essen regional“, 2019 in der Küche des Landesdienstleistungszentrums gestartet, wird aktuell auf weitere Landesküchen ausgeweitet. Gleichzeitig muss auch im Handel die Lebensmittelkennzeichnung gestärkt werden. *„Die Förderung heimischer Lebensmittel bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Dazu braucht es 2020 auch gesetzgeberische Maßnahmen bei der*

Herkunftskennzeichnung und bei der öffentlichen Beschaffung. Dafür werde ich mich auch bei der neuen Regierung stark machen. Mit dem Genussland Oberösterreich haben wir in den 15 Jahren des Bestehens bereits sehr viel Aufmerksamkeit für die Qualität heimischer Produkte geschaffen. Durch Schwerpunkte in der Arbeit mit der Gastronomie aber auch bei Festen der Feuerwehren und Musikkapellen wird dieser Weg 2020 erfolgreich weiter gegangen. Auch von der Handelsinitiative des Genussland Oberösterreich wird es wieder Erfreuliches zu berichten geben. Die Zahl der Handelspartner steigt ständig“, so Hiegelsberger.

Oberösterreich übernimmt Vorsitz der Agrarreferentenkonferenz

Oberösterreich hat im ersten Halbjahr 2020 den Vorsitz der Agrarreferentenkonferenz inne. In diesem Gremium werden Bundesländer-Anliegen in der Agrarpolitik abgestimmt. Oberösterreich wird in erster Linie die Themen regionaler Lebensmitteleinkauf, Lebensmittelkennzeichnung und Biosicherheitsmaßnahmen verstärkt einbringen. *„Gerade bei der Afrikanischen Schweinepest sitzen wir alle im selben Boot, da das Auftreten der Krankheit egal in welchem Bundesland ernsthafte Konsequenzen für die gesamte Republik hätte. Als produktionsstärkstes Bundesland hat Oberösterreich natürlich ein besonderes Interesse daran, dass wir alle nur möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Afrikanische Schweinepest von Österreich fernzuhalten“,* so Hiegelsberger.

Schweinehaltung in Oberösterreich absichern

Aufgrund des Auftretens der Afrikanischen Schweinepest hat China die Produktion massiv einschränken müssen. Global gesehen schrumpfte die Produktion von Schweinefleisch um ein Viertel, die Preise sind entsprechend gestiegen. *„Vor allem das zweite Halbjahr 2019 hat den Betrieben in der Ferkelproduktion und Schweinemast ermöglicht, Verluste aus der Vergangenheit wieder etwas auszugleichen. Diese Hochpreisphase wird auch 2020 anhalten. Damit die Betriebe für die Zukunft aber auch wieder investieren, müssen stabile Rahmenbedingungen für die Tierhaltung in Österreich geschaffen werden. Die Bereitschaft zu Tierwohlmaßnahmen ist in den Betrieben sehr wohl vorhanden, die oftmalige Veränderung von Auflagen in den letzten Jahren hat aber zu einer tiefgreifenden Verunsicherung geführt. Es braucht einen ernsthaften und offenen Dialog mit dem Handel und den Konsument/innen, damit die landwirtschaftlichen Betriebe klare Entscheidungsgrundlagen für anstehende Investitionen haben“*, so Hiegelsberger.

Bildung und Beratung bleibt entscheidend – auch beim Thema Engerling

Ende 2019 haben die Landwirtschaftskammer Oberösterreich und das Land Oberösterreich wieder eine umfassende Vereinbarung zur Bildungs- und Beratungsarbeit unterzeichnet. Die Landwirtschaftskammer OÖ ist die zentrale Institution für die Weiterbildung und die täglichen Fragen der Bäuerinnen und Bauern. Damit diese wichtige Arbeit weiterhin in gewohnt kompetenter Art und Weise verrichtet werden kann, werden vom Land Oberösterreich rund 13,5 Millionen Euro an Personalkosten übernommen. *„Jährlich wird*

eine Vereinbarung über die zu erbringenden Leistungen der Landwirtschaftskammer abgeschlossen. Damit ist garantiert, dass die öffentlichen Gelder den Betrieben vollständig zugutekommen. Dies ermöglicht die Bereitstellung der wichtigen Beratungsleistungen größtenteils ohne Kosten für die Betriebe. Die fortlaufende Weiterbildung und die Begleitung durch fachkundige Beraterinnen und Berater ist die Grundlage für die hochqualitative und umweltschonende Lebensmittelproduktion in Oberösterreich. 2020 kommt aufgrund der aufgetretenen Engerling-Schäden ein neuer Bildungs- und Beratungsschwerpunkt hinzu. Die Fachkompetenz der Bäuerinnen und Bauern weiter zu steigern ist der richtige Weg im Umgang mit der Engerling-Problematik, welche uns auch 2020 wieder fordern wird. Die Landwirtschaftskammer OÖ leistet damit einen wichtigen Beitrag für die zukunftsfähige Entwicklung unserer landwirtschaftlichen Betriebe,“ so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

Jahr zentraler politischer Entscheidungen

Am Beginn des Jahres 2020 sind die heimischen Bäuerinnen und Bauern mit einer Vielzahl offener agrarpolitischer „Baustellen“ konfrontiert. Die Ursachen dafür liegen auf nationaler Ebene im Scheitern der vorangegangenen Bundesregierung, in der begrenzten politischen Handlungsfähigkeit der Expertenregierung und dem Ergebnis der soeben abgeschlossenen Regierungsverhandlungen sowie auf EU-Ebene im laufenden BREXIT-Prozess, der die politische Diskussion über die künftige Agrarfinanzierung und die neue GAP im abgelaufenen Jahr völlig in den Hintergrund gedrängt hat. Mit den Folgen des EU-Bio-Audits und dem von der EU präsentierten Green-Deal sind zudem gegen Ende des vergangenen Jahres eine Reihe von weiteren offenen Fragen für die heimische Bauernschaft entstanden.

„Im heurigen Jahr sind daher sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zügig und konsequent entsprechende politische Entscheidungen zu treffen, um den Bauernfamilien wieder gesicherte wirtschaftliche Perspektiven und die dringend erforderliche Planungssicherheit für Betriebsentwicklungsschritte bieten zu können“, fordert LK-Präsidentin Michaela Langer-Weninger.

Gemeinsame Agrarpolitik zwischen mangelnder Finanzierung und nationalen Strategieplänen

Im Mittelpunkt der Diskussion zur künftigen Agrarpolitik steht die Frage der EU-Agrarfinanzierung. Während eine Kerngruppe der Nettozahler-Länder rund um Dänemark, Schweden, Niederlande und Deutschland nur maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung in den EU-Haushalt einzahlen will, fordern ost- und südeuropäische Länder einen Beitrag von 1,3 Prozent, der EU-Kommissionsvorschlag liegt bei 1,11 Prozent. Auf Basis des EU-Kommissionsvorschlages würde sich für die österreichische Landwirtschaft eine jährliche Reduktion der EU-Mittel von 110 Millionen Euro pro Jahr ergeben. Ein neuer Kompromissvorschlag der finnischen Ratspräsidentschaft sah zum Jahresende 2019 für die zweite Säule eine Mittelaufstockung um ca. 10 Milliarden Euro vor, wodurch sich die jährlichen Verluste für die heimische Landwirtschaft auf 42 bis 43 Millionen Euro reduzieren würden.

„Die Landwirtschaftskammer fordert von der EU weiterhin eine stabile Agrarfinanzierung. Steigende Standards für die Agrarproduktion sind mit weniger Geld für die Bäuerinnen und Bauern keinesfalls machbar. Sollte auf EU-Ebene keine zumindest gleichwertige Agrarfinanzierung durchsetzbar sein, so ist die künftige Bundesregierung gefordert,

allfällige Verluste durch nationale Mittel für die Bauern auszugleichen“, stellt Kammerpräsidentin Langer-Weninger klar.

Gemeinsame Agrarpolitik mit machbaren Umweltauflagen

Sowohl die GAP-Reformvorschläge als auch der Green-Deal sehen für die Landwirtschaft weitergehende Umweltauflagen und Klimaschutzmaßnahmen vor. Während mit dem Green-Deal für die konkrete Umsetzung umfangreiche zusätzliche Budgetmittel vorgesehen sind, ist die Landwirtschaft trotz geplanter ambitionierter Umweltauflagen weiterhin mit erheblichen Kürzungsvorschlägen konfrontiert. *„Es kann nicht sein, dass hier bei der Bereitstellung von EU-Mitteln mit zweierlei Maß gemessen wird“*, kritisiert Langer-Weninger.

Auch die vorgeschlagene inhaltliche Ausgestaltung der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik entspricht in mehreren Bereichen nicht den Anforderungen der kleinstrukturierten bäuerlichen Landwirtschaft in Österreich. Dies gilt insbesondere für die vorgeschlagene betriebliche Nährstoff-Bilanzierung als Einstiegsvoraussetzung von Direkt- und Ausgleichszahlungen. Für die überwiegend extensiv geführten Grünlandbetriebe würde diese nur eine erhebliche Bürokratie aber keinerlei positive Umwelteffekte zur Konsequenz haben. Das vorgeschlagene generelle Verbot von Schwarzbrachen würde zentrale freiwillige ÖPUL-Maßnahmen wie zum Beispiel die Begrünung von Ackerflächen durch Zwischenfrüchte grundsätzlich in Frage stellen.

Von der Bauernvertretung ebenfalls abgelehnt wird die Umsetzung eines verpflichtenden Ökoschemas bei den Direktzahlungen in der ersten Säule, da hier neue Umweltauflagen durch eine Umschichtung bestehender Direktzahlungen finanziert werden sollen. Die Bauernvertretung spricht sich dagegen mit Nachdruck für die Fortführung bewährter freiwilliger Maßnahmen im

Agrarumweltprogramm ÖPUL aus. Dieses Umsetzungskonzept wird von Landwirtschafts- und Umweltorganisationen gleichermaßen akzeptiert und sollte daher unbedingt weitergeführt werden.

Betriebsbezogene Obergrenzen für die Direktzahlungen

Von der EU-Kommission wurden neuerlich betriebsbezogene Obergrenzen für die Direktzahlungen vorgeschlagen. Diese sehen ab einem Direktzahlungsbetrag von 60.000 Euro eine schrittweise Degression der Zahlungen und ab 100.000 Euro eine Kappung vor. Vor Anwendung dieser Kürzungsberechnung sollen nach dem Kommissionsvorschlag Kosten für Fremdarbeitskräfte aber auch die kalkulatorischen Kosten für familieneigene Arbeitskräfte vollständig in Abzug gebracht werden können.

„In Österreich würde damit kein einziger Euro umverteilt. Und selbst dieser Vorschlag dürfte auf EU-Ebene erneut nicht die erforderliche politische Mehrheit finden“, zeigt Langer-Weninger auf. Die Bauernvertretung spricht sich weiterhin mit allem Nachdruck für niedriger angesetzte EU-weit einheitliche betriebliche Obergrenzen bei den Direktzahlungen aus. Ohne dem EU-weiten Gleichklang bei diesen Begrenzungen würden sich am EU-Binnenmarkt erhebliche zusätzlich wirtschaftliche Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der heimischen bäuerlichen Familienbetriebe ergeben.

Erarbeitung eines nationalen Strategieplanes

Zur Umsetzung der künftigen GAP sind auf nationaler Ebene sogenannte nationale Strategiepläne für beide Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erarbeiten. Bisher musste mit der Erstellung von Programmen zur ländlichen Entwicklung lediglich in der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik eine nationale Programmierung vorgenommen werden. Die Erarbeitung des neuen nationalen Strategieplans erfolgt unter Federführung des

Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT). In die Programmearbeitung sind die verschiedenen Stakeholder, wie die bäuerliche Berufsvertretung, Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen usw. einzubeziehen. Trotz der noch fehlenden endgültigen EU-Rechtsgrundlagen hat das BMNT den Programmearbeitungsprozess bereits im Herbst des vergangenen Jahres gestartet um nach den anstehenden EU-Beschlüssen eine rasche Programmeinreichung sicherstellen zu können. Die Landwirtschaftskammer OÖ bringt sich intensiv in diesen Programmearbeitungsprozess ein und fordert insbesondere eine Vereinfachung und Sicherstellung der Bergbauern-Ausgleichszulage sowie die Konzeption eines möglichst breitflächigen Agrarumweltprogrammes, das auch den Veredelungs- bzw. Tierhaltungsbetrieben entsprechende Teilnahmemöglichkeiten eröffnet.

BREXIT verunsichert weiter Agrarmärkte

Die erfolgte dritte Verschiebung des BREXIT bis 31. Jänner verunsichert weiterhin die Agrarmärkte. Das betrifft insbesondere den Rinder- und Milchmarkt, wo vor allem Irland als bisheriger Hauptexporteur nach Großbritannien alternative Absatzwege in den anderen Ländern des EU-Binnenmarktes sucht und aufbaut. Das nunmehr vorgesehene Abkommen sieht lediglich ein Verbleiben Großbritanniens in der EU-Zollunion bis Ende des heurigen Jahres vor. Für den Abschluss eines Freihandelsvertrages zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich verbleibt damit lediglich eine Zeit von etwa von elf Monaten bis Jahresende. Der Abschluss eines umfassenden und komplizierten Freihandelsabkommens ist in dieser Zeit wohl kaum machbar. So ist auch im Fall der politischen Ratifizierung des nunmehr vorliegenden Austrittsabkommens die Gefahr eines harten BREXITs ohne Handelsvertrag weiterhin

gegeben. Zwischen dem Vereinigten Königreich und den anderen EU-Ländern gibt es gerade im Agrar- und Lebensmittelbereich enge handelspolitische Verflechtungen, da dieses im Agrar- und Lebensmittelbereich lediglich über eine Selbstversorgung von etwa 60 Prozent verfügt.

Folgen des EU-Bio-Audits und neue EU-Bio-Verordnung als Herausforderung

Die von der EU-Kommission im Zuge eines Audits bereits 2017 geäußerten und bis zuletzt nicht ausräumbaren Kritikpunkte stellen die heimische Bio-Landwirtschaft im Bereich der Tierhaltung vor massive Herausforderungen. Betroffen sind insbesondere die Weideregulungen, die Gestaltung des Auslaufes für Tiere, die Regelung der Anbindehaltung und das Thema Eingriffe bei Nutztieren. Raufutterverzehr (Rinder, Schafe, Ziegen und Pferde) müssen auf Bio-Betrieben ab heuer mit mindestens einer RGVE (raufutterverzehrende Großvieheinheit) pro Hektar weidefähiger Fläche oder zumindest mit 50 Prozent in der Vegetationsperiode auf der Weide gehalten werden, wann immer es die Umstände erlauben. Auf Basis einer Selbstevaluierung muss bis Jahresmitte ein Weideplan erstellt und die Beweidung auch dokumentiert werden. Für Eingriffe bei Nutztieren (Enthornung bei Kälbern, Nasenring bei Stieren) sind nunmehr behördliche Genehmigungen erforderlich. Zudem darf ab heuer der Auslauf für Kälber, Lämmer und Kitze nicht mehr zu 100 Prozent überdacht sein. Mehrere Details für die heurigen Übergangsregelungen sind weiterhin offen.

Darüber hinaus wird ab dem kommenden Jahr 2021 eine neue EU-Bio-Verordnung wirksam, für deren konkrete Umsetzung bisher noch kein einziger der insgesamt 57 Durchführungsrechtsakte fixiert wurde.

Die Landwirtschaftskammer ist derzeit vor allem mit Nachdruck bemüht, betroffene Betriebe bei den erforderlichen Anpassungserfordernissen in der Beratung zu begleiten. Es zeichnet sich aber ab, dass eine nicht unerhebliche Zahl von Betrieben die neuen EU-Vorgaben nicht mehr erfüllen kann und damit zum Bio-Ausstieg gezwungen sein wird. Für diese Betriebe fordert die Landwirtschaftskammer mit Nachdruck eine Umstiegsmöglichkeit in andere ÖPUL-Maßnahmen. Zudem setzt sich die Landwirtschaftskammer für eine möglichst praxiskonforme Umsetzung der neuen EU-Bio-Verordnung ab 2021 ein.

Raumordnungsgesetz-Novelle: Reduktion des Bodenverbrauchs unabdingbar

Zu der bevorstehenden Novelle des OÖ-Raumordnungsgesetzes fordert die Landwirtschaftskammer den Erhalt landwirtschaftlicher Produktionsflächen über das Instrument der Raumordnung ein. Der sorgsame und nachhaltige Umgang mit dem Boden ist die wichtigste Voraussetzung, um die Eigenversorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln weiterhin zu sichern. Wichtige Bodenfunktionen wie zum Beispiel die Wasserrückhaltefähigkeit, die CO₂ Speicherung im Humus, die Grundlage für Pflanzenwachstum und in Folge die Artenvielfalt sind auf unbebaute Flächen angewiesen. Die Landwirtschaftskammer fordert daher die Ausweisung sogenannter „landwirtschaftlicher Produktionsflächen“. Auf diesen Flächen soll für einen definierten Zeitraum keine Bauland-Entwicklung möglich sein. Der qualitative Bodenschutz ist auf unseren landwirtschaftlichen Betrieben seit vielen Jahren oberstes Ziel. Noch konnte die Versorgung mit Lebensmitteln trotz rückläufiger Anbauflächen sichergestellt werden. Trotzdem ist die Politik gefordert, den Druck auf

den Boden im Hinblick auf Verbauung und Versiegelung zu mindern. Im Rahmen der Novellierung des OÖ-Raumordnungsgesetzes sollte daher dem quantitativen Bodenschutz eine zentrale Bedeutung zukommen.

Für das Bauen im Grünland fordert die Landwirtschaftskammer die generelle Möglichkeit, bis zu drei Wohnungen für die Familien neu errichten zu können. Ein Auszugshaus soll jedenfalls auch möglich sein. Auch Neubauten im Grünland für die gewerbliche Be- und Verarbeitung eigener Produkte sollen ermöglicht werden.

Pflanzenschutz und Tierarzneimittel unverzichtbar

Die Produktion hochwertiger Agrarprodukte und Lebensmittel erfordert ein Mindestmaß an Pflanzenschutz und auch die Verwendung von Tierarzneimitteln. Die verpflichtende laufende Weiterbildung für Pflanzenschutzanwender und die in vielen Bereichen verpflichtend verankerte Teilnahme am Tiergesundheitsdienst stellen einen minimierten Einsatz dieser Hilfsprodukte in der landwirtschaftlichen Erzeugung sicher. Problematisch wird es für die Bauernschaft, wenn es fernab von Sach- und Faktenwissen und nur aus populistischen Motiven zu Verboten und Einschränkungen bei Pflanzenschutzmitteln und anderen Betriebsmitteln durch nationale Alleingänge kommt. Die heimische Landwirtschaft bekennt sich zur Einhaltung höchster Produktionsstandards. Von den Bäuerinnen und Bauern wird heute konsequent auf das Tierwohl von Nutztieren gesetzt, da nur damit optimale Leistungen erzielbar sind. Kommt es trotz Vorsorgemaßnahmen zu Erkrankungen bei Tieren so gebietet es der Tierschutz, dass in diesen Fällen auch Tierarzneimittel zum Einsatz kommen. Nach der Anwendung von Tierarzneimitteln sind mittlerweile

in allen Bereichen im Sinne des Konsumentenschutzes hohe Schutz- bzw. Absetzfristen vorgesehen.

Generell ist festzuhalten, dass hohe Produktionsstandards in der Landwirtschaft auch wirtschaftlich machbar sein müssen. Kommt es zu nationalen Alleingängen bei Auflagen und Standards, so müssen die Kosten dieser dauerhaft und gesichert über entsprechende Preiszuschläge oder Ausgleichszahlungen vollständig ausgeglichen werden. *„Ist dies nicht der Fall, so wandert die heimische Produktion mangels wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit ins Ausland ab. Ein Beispiel ist die Putenproduktion wo aufgrund hoher Tierschutzauflagen die Inlandsversorgung auf unter 50 Prozent abgesunken ist. Das kann aber weder das Ziel unserer Konsumentinnen und Konsumenten noch der Landwirtschaft beziehungsweise der gesamten Volkswirtschaft sein“*, zeigt Präsidentin Langer-Weninger auf.

Fleischimporte schaden dem Klima – MERCOSUR Abkommen in derzeitiger Form abzulehnen

Insbesondere die Rindfleischproduktion in Südamerika erfolgt völlig anders als bei uns in Österreich. Während die heimischen Bäuerinnen und Bauern immer stärker auf Qualitätsprogramme mit extensiven Produktionssystemen auf Basis des Grünlandes setzen, um damit die Konsumentenerwartungen zu treffen, erfolgt die Endmast von Rindern in Südamerika in sogenannten „Feedlots“ mit riesigen Herden auf engstem Raum mit reinem Kraftfutter- bzw. Getreiderationen. Die beiden Produktionssysteme unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer Klimaauswirkungen massiv. Während die Produktion von heimischem

Rindfleisch 14 Kilogramm CO₂ verursacht, ist Rindfleisch aus Südamerika mit etwa 80 Kilogramm CO₂ Ausstoß belastet.

Gleichzeitig ist daran zu erinnern, dass die Wiederkäuermägen von Rindern, Schafen und Ziegen die einzige Verwertungsmöglichkeit für das heimische Grünland sind und dass die Grünlandwirtschaft die Biodiversität schützt. Mit Rabattaktionen zugunsten von südamerikanischem Rindfleisch agieren die betroffenen Handelsketten nicht nur gegen die Interessen der heimischen Bäuerinnen und Bauern, sondern auch gegen den Klimaschutz und den Erhalt der Kulturlandschaft in unseren Bergregionen. Die Landwirtschaftskammer fordert daher weiters mit Nachdruck, dass das von der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay ausverhandelte Freihandelsabkommen nicht ratifiziert wird. Der Abschluss dieses Abkommens wäre klimapolitisch kontraproduktiv und würde die heimischen Bauern einem zusätzlichen Preisdruck am Rindfleisch-, Zucker- und Geflügelmarkt aussetzen.